

# VEREINS-ANZEIGER

Organ der Vereinigung der Maler, Lackirer, Anstreicher, Tüncher und Weissbinder

sowie der freien eingeschr. Hülfskasse Nr. 71 vorstehender Gewerbe.

Redaktion und Expedition: Hamburg-Barmbeck, Schmalenbeckerstrasse 17.

## Die Brotwucherer

haben nicht umsonst seit langer Zeit nach höheren Getreidezöllen geschrien, denn nun wurde auch von der Regierung die Getreidezollshöhung als „im Interesse der nationalen Landwirtschaft“ notwendig erkannt. Der Reichsanzler Graf Bülow kapitulierte vor den Agrariern. Im preußischen Abgeordnetenhaus wurde ein Antrag gestellt, welcher die Regierung auffordert,

„mit größter Entschiedenheit darauf hinzuwirken, daß bei der bevorstehenden Neuordnung unserer handelspolitischen Verhältnisse der Landwirtschaft ein wesentlich günstigerer Zollschutz zu Theil werde, und in diesem Sinne dafür zu sorgen, daß baldigst die Vorlage des in Vorbereitung begriffenen Zolltarifs an den Reichstag erfolge“, worauf der Reichsanzler unter dem Beifall des Zentrums und der Rechten im Namen der Regierung folgende Erklärung abgab:

„In voller Anerkennung der schwierigen Verhältnisse, in denen sich die Landwirtschaft befindet und von dem Wunsche bestimmt, die Lage der Landwirtschaft wirksam zu verbessern, ist die Regierung entschlossen, auf die Gewährung eines ausreichenden und deshalb entsprechend zu erhöhenden Zollschutzes auf die landwirtschaftlichen Produkte hinzuwirken. Die Staatsregierung ist ferner bestrebt, die Vorlage des neuen Zolltarifs in jeder Weise zu beschleunigen.“

Kurz und bündig, der deutsche Reichsanzler und seine Ministerkollegen haben sich in den Dienst der agrarischen Interessen gestellt. Die Junker haben die Erfüllung ihrer in unerhört prohiger Weise geforderten Wünsche damit zugesagt erhalten. Es hat hiermit der Reichsanzler die Brotwucher politik zur offiziellen Politik der Regierung erhoben.

Mit 238 gegen 43 Stimmen wurde der Antrag der „Brotwucherer“ angenommen und durch ihre Presse der Verlauf der Beratung des Antrages als „durchweg befriedigend“ bezeichnet. Es sollen die unter dem niederblickenden Zoch der Arbeit und Armut schwer kämpfenden Massen in noch unerhörter Weise als bisher ausgesplundert werden zu Gunsten einiger Tausend prohiger Junker.

Man nimmt den Kermsten noch ein Stück ihrer Habe um den Großgrundbesitzer „standesgemäß“ Renten zu verschaffen. Mit dem Steigen der Grundrenten steigen die Grundstückspreise und nach dem nächsten Besitzwechsel werden wir wieder an derselben Stelle stehen wie heute; die Klagen über die „Noth der Landwirtschaft“ werden lauter als je erschallen und eine abermalige Liebesgabensteigerung wird die Folge sein, wenn nicht endlich die Volksmassen sich entschließen, dieser Aussaugungspolitik gründlich ein Ziel zu setzen.

Nach Brentano „ist der Getreidezoll ein untaugliches Mittel zur Hebung der Landwirtschaft, gerade seine Wirkung des Zolles drängt fort und fort zur Steigerung der Zollhähe“.

Bei dieser Gelegenheit sei auf einige Stimmen gegen den Brotwucherer hingewiesen, es sind zwar einige Jahre her, als dies geschah, wo sich Kaiser, Bundesfürsten und Minister einig waren in der Verworflichkeit hoher Getreidezölle — heute ist das nicht mehr.

Am 24. Februar 1895 erklärte der Kaiser auf dem Brandenburgischen Provinziallandtag:

„Ich möchte aber dringend davor warnen, über Spannungen zu hegen... Kein Stand kann beanspruchen, auf Kosten der anderen besonders hervorzuheben.“

Bei derselben Gelegenheit äußerte der Kaiser zum Freiherrn v. Manteuffel: „Sie können mir nicht zumuthen, daß ich Brotwucher treibe.“

Auch ein anderer Bundesfürst hat sich in jener Zeit der agrarischen Hochfluth über den Brotwucher geäußert, König Albert von Sachsen. Bei einer Hoffestlichkeit — Februar 1894 — saß der König gegenüber dem Herrn v. Treuge die Nothwendigkeit der Annahme des russischen Handelsvertrages auseinander. Treuge erwähnte, daß er die Ablehnung für notwendig halte. Darauf bemerkte der König: „Wollen Sie denn, daß ich und meine Regierung uns künftig auf die Sozialdemokratie stützen?“ Reichsanzler Graf Caprivi äußerte am 14. April 1894 gesetzlich des ersten Antrages Kanit:

„Von wem müssen nach diesem Antrage die 400 Millionen aufgebracht werden? Von den Brotkessern, also gerade von den armen Klassen. Wenn eine Steuer die armen Leute drückt, so ist es die Brotsteuer.“

Und die ärmsten Klassen würden sich dieser Steuer am allerwenigsten entziehen können.“

Am 23. März 1895 äußerte der damalige Reichsanzler, Fürst Hohenlohe, gegen die Behauptung, daß die Bauern Vorrecht von höheren Getreidepreisen haben, daß „die Betriebe bis 12 Hektar kein Getreide zu verkaufen haben, sondern meistens noch Getreide kaufen müssen“, die 6 Gruppen (bis 12 Hektar) umfassen 40 Mill. Betriebe = 76 p. 100 aller landwirtschaftlichen Betriebe. Rechnet man auf den Betrieb 2½ Personen, so handelt es sich hier um eine Bevölkerung von etwa 15 Millionen Menschen (bei einer gesamten landwirtschaftlichen Bevölkerung von 19 Millionen), die von der Erhöhung der Getreidepreise keinen Vortheil, ja, mit relativ wenigen Ausnahmen, sogar einen direkten Nachtheil durch die Vertheuerung ihre Lebenshaltung haben werden.“

Hat sich während dieser Zeit die Lage der arbeitenden Klasse so gebessert, um höhere Brotpreise bezahlen zu können? Und nur zu dem Zwecke, um einigen von den Großgrundbesitzern Hunderte von Millionen in den Schoß zu werfen? Stein und abermals Stein! Denn eine allgemeine Verschlechterung ist eingetreten und durch die herabgetrocknete Krise noch verschärft worden. Und zur Zeit des wirtschaftlichen Niedergangs, wo tausende von Arbeitern brodlos werden und Tausende schon Wochenlang arbeitslos umherirren, erklärt die Regierung, daß Haupnahmengeschäft des Volkes, daß täglich Brot, vertheuern zu wollen. Und unerhört, diesem Beschlus, wodurch durchschnittlich jeder sechzöpfige Arbeiterfamilie bei einem Zollschutz von 6 Mt. jährlich 81 Mt. Mehrausgabe verursacht werden, stimmen auch fast alle Geistlichen, katholische wie protestantische, zu. Während also die Geistlichen den katholischen Arbeitern vorhoben: „Unser täglich Brot gib uns heute“, erklärt sich das Zentrum für die Brotvertheuerung!

Zwar ist der Zolltarif dem Reichstage noch nicht vorgelegt, aber sicher sind nach diesen Vorgängen baldigst höhere Getreidezölle zu erwarten. Das muß die Empörung nicht nur des am schwiersten dadurch leidenden arbeitenden Volkes, sondern aller rechtmäßig denkenden Menschen hervorrufen. Es ist hohe Zeit, daß der Wille des Volkes sich fand und mit elementarer Macht gegen diese unverschämte Zollsabschaltung Stellung nimmt. Ueberallhin muß Aufklärung verbreitet werden, daß die Vertheuerung des Brotes einen ganz beträchtlichen Theil des Arbeitsverdienstes verzieht und die einzehnende Krise die Noth aufs Neuerste treibt. Hoffentlich werden auch den katholischen Arbeitern die Augen aufgehen, wenn sie erfahren, welch' freudloses Spiel das Zentrum durch die Förderung des Brotwuchers bisher getrieben hat. Welche Wölfe in Schafspelzen sich unter den Führern der christlichen Arbeiterbewegung befinden, zeigt sich vor einiger Zeit auf der in Köln abgehaltenen „Generalversammlung des rheinischen Bauernvereins“, wo die christlichen Bauern in der Aufführung von Zollsächen an Vollständigkeit und Unverschämtheit gegenüber den ostelbischen Junkern nichts zu wünschen übrig ließen. Was uns aber interessiert ist, daß ebenda, wie dem „Vorwärts“ gemeldet wurde, ein „Vertreter der Arbeiterschaft“ das Wort ergriff, nicht, um die Interessen der Arbeiter zu vertreten, sondern den agrarischen Forderungen zuzustimmen. Dieser „Arbeitervertreter“ hatte den kühnigen Mut, auszuführen:

„Wenn auch in letzter Linie der Konsumt die Lebensmittelzölle zu bezahlen habe, so stehe der christliche Arbeiter doch auf dem Standpunkt der ausgleichenden Gerechtigkeit; was dem Bauerstand verloren gehe, müßten die anderen Stände decken, und gern bezahle der christliche Arbeiter die paar Pfennige, wenn nur der Landwirtschaft geholfen werde. (Lebhaftes Bravo!) Der Redner warnt davor, die Agitation der Sozialdemokraten und Freisinnigen zu unterschätzen und bedauert, daß die Landwirtschaft sich so wenig rege und für die Organisation arbeite, sie solle fleißiger agitieren, Flugblätter verbreiten usw. Die Sozialdemokraten sprachen immer von der Vertheuerung des Brotes, schwiegen aber davon, daß doch alles andere auch teurer geworden sei. In der katholischen Arbeiterschaft herrsche der Geist der Sympathie für die Landwirtschaft, indem man sich sage, wie der Arbeiter höhere Löhne verlange, müsse auch der Landwirt für die Verbesserung seiner Lage eintreten. Damit verlange und thue er nur das, was andere Klassen auch thäten. (Lebhaftes Bravo!)“

Der Vorsitzende der Versammlung, Graf Schee, dankte dem Redner und drückte seine Freude darüber aus, daß gerade ein Vertreter der Arbeiter so warm für die Landwirtschaft eingetreten sei. Man wird zugeben, daß der

Herr Graf Ursache hatte, mit dem „Vertreter der Arbeiterschaft“ aufzudenken zu sein und daß auch die Öffentlichkeit ein Interesse daran hat, den agrarisch gesunkenen Arbeitervertreter, dessen Namen die Zentrumszeitung in auffallender Übereinstimmung verschweigt, kennen zu lernen. Es ist der Arbeitersekretär Giesberts, Führer der christlichen Arbeiterbewegung, Redakteur der „Westdeutschen Arbeiterzeitung“, Vertreter der Gladbacher Richtung in der christlichen Gewerkschaftsbewegung.

Auf dem Frankfurter Kongress der christlichen Gewerkschaften war es ein Kollege des Herrn Giesberts, der Gewerkschaftssekretär Braun aus München, der sagte: was dem Arbeiter durch die staatliche Arbeiterversicherung geboten werde, nähmen ihm die vertheuerten Lebensmittel zehnfach wieder ab. Auch Herr Giesberts weiß in Versammlungen, wo er zu Arbeitern spricht, trefflich die elende Lage der Arbeiter, den tiefen Lohn, der kaum hinreichend für die notwendigsten Bedürfnisse, zu schildern, hier aber, vor den Agrariern, drängt er dazu, die Lage des Arbeiters durch höhere Getreidezölle noch mehr zu verschlechtern, ihre Bedürfnisse noch tiefer herabzusehen. Es scheint, daß Herr Giesberts das Bedürfnis fühlt, seine durch sein Eintritt für die christlichen Organisationen arg gefährdeten Stellung beim Zentrum und Klerus dadurch wieder zu festigen, daß er sich bei den ultramontanen Agrariern lieb Kind macht. Die christlichen Arbeiter lehrt er, sich zu organisieren, um höhere Lohn zu erringen, und die christlichen Agrarier weist er an, den Arbeitern den höheren Lohn durch die vertheuerten Lebensmittel zu nehmen. So hätten schließlich die Arbeiter nur für die Agrarier die Mühe der Organisation, die Sorgen des Kampfes und die Entbehrungen des Streits auf sich genommen, und Herr Giesberts, der „Vertreter der Arbeiterschaft“ und Förderer der christlichen Gewerkschaften, könnte zu seinen agrarischen Freunden sagen, wie weiland Herr v. Böttcher zu den Industriellen: Wir arbeiten ja nur für Sie!

Man darf fragen: schämt sich der Mann denn nicht vor den Arbeitern? Gewiß, er schämt sich! Die Zentrumszeitung, die gerade in diesem Falle Veranlassung hätte, den Namen des „Arbeitervertreters“, bei so warm für die ultramontane Brotvertheuerungspolitik einzutreten, zu nennen, unterlässt es doch ein Mann in sittlicher Stellung ist, verschweigt den Namen. Daraus ist zu entnehmen, daß die Unterdrückung seines Namens auf Veranlassung des Herrn Giesberts geschieht. Der treffliche Vertreter der Arbeiterschaft ist sich also der Verantwortlichkeit seines Doppelspiels als Arbeiter- und Agrarierfreund wohl bewußt. Er schämt sich — und er hat Ursache dazu. Ob diese Scham der Anfang zur Besserung ist, müssen wir abwarten.“

Es ist also Zeit, daß schon jetzt die Kräfte gesammelt werden gegen die Brotvertheuerer, damit, wenn die Vorlage erscheint, durch das Land der Entrüstungsdruck des Volkes erschallt:

Nieder mit den Brotwucherern!

## Zur Lage in Frankfurt a. M.

Am Mittwoch, den 23. Januar, fand im „Erlanger Hof“ die Generalversammlung der Filiale statt. Nach erstattetem Kassenbericht vom 4. Quartal 1900 wurde dem Kassier auf Antrag der Revisoren Decharge erteilt. Hierauf erstattete der Geschäftsführer, Kollege Zimmermann, den Geschäftsbericht für das Jahr 1900, welcher gedruckt vorlag. Demselben ist folgendes zu entnehmen: Da die Filiale Frankfurt a. M. im Jahre 1900 mit größeren Differenzen mit den Unternehmen verhandelt blieb, wurde das verflossene Jahr hauptsächlich dem inneren Ausbau der Organisation gewidmet. Dem Einfästen der Beiträge, sowie der Hausagitation wurde besondere Sorgfalt gewidmet, weswegen zu Anfang des Jahres eine gründliche Reorganisation vorgenommen wurde. Nachdem durch Beschluss des Provinzialtages die Beitragserhebung obligatorisch wurde und der Hauptvorstand geeignetes Material herausgab, wurden auch für die Zahlstellen die Karten eingeführt. Durch Abnahme der Mitgliederlisten und Kassenbücher wurde den Vertrauensleuten eine wesentliche Erleichterung und Vereinfachung der Geschäftsführung zu Theil. Die Erfolge der Haustaffirung sind insoweit als erfreuliche zu bezeichnen, als die Beitragseistung von 69,6 p. 100 im Jahre 1899 auf 83,6 Prozent gestiegen ist.

Die Korrespondenz war eine sehr umfangreiche. Es wurden abgeschickt 342 Briefe, 491 Postkarten, 1628 Drucksachen usw., 19 Geldsendungen, 4 Telegramme und 4 Padete. Eingegangen sind 154 Briefe, 214 Postkarten, 264 Drucksachen usw., 8 Geldsendungen, 5 Telegramme, 82 Padete.

Die Mitgliederversammlungen, deren 25 stattfanden, waren mit Ausnahme einzelner nicht gut besucht. Es wurden vier Vorträge belehrender und wissenschaftlicher Natur gehalten, die übrigen Versammlungen beschäftigten sich ausschließlich mit Themen die Organisation und die Verhältnisse am Orte betreffen.

Die Zahl der Zahlstellen betrug zu Anfang des Jahres 1900: 19. Im Laufe des Jahres mussten drei Zahlstellen, trog alter Versuche, dieselben zu erhalten, aufgelöst werden und zwar Eisenstadt, Oberwöllstadt und Holzhausen. Neu gegründet wurden die Zahlstellen Niederwöllstadt, Modheim u. d. H. und Oberrad, sodass die Zahl der Zahlstellen auf 19 bestehen blieb. Rechnet man hierzu noch die Bezirksfasser und die Fassiter der umliegenden Orte, so ergiebt sich, daß 25 Kollegen mit der Beitragsklassierung betraut sind.

Versammlungen in den Zahlstellen wurden im Laufe des Jahres 20 abgehalten, die im Allgemeinen einen schlechten Besuch aufwiesen, weshalb die Agitationskommission die Versammlungen etwas einschränkte und dafür Touren in die Zahlstellen unternahm, die den Zweck hatten, die Vertrauensleute zu „instruieren“ und die oftmals „zerrütteten Verhältnisse zu ordnen“. Gleichzeitig wurde auch bei diesen Touren das Einfassen der Beiträge besorgt.

Am 1. April 1900 wurde ein Arbeitsnachweis der Geschäftsstelle angegliedert und gleichzeitig eröffnet. Die Arbeitgeber hatten sich nach langen, vorausgegangenen Verhandlungen nicht dazu entschließen können, einen gemeinsamen Nachweis zu errichten. Der Nachweis wurde vom 1. April ab von 124 Arbeitgebern, wovon 99 aus Frankfurt a. M. und 25 von auswärts waren, 196 Mal in Anspruch genommen und von diesen 407 offene Stellen gemeldet. 50 Arbeitgeber haben den Nachweis zwei- und mehrmals in Anspruch genommen. Von demselben Zeitpunkt ab liegen 541 Gesuche um Arbeit von den Gehilfen ein. 238 Gehilfen wurde Arbeit nachgewiesen, 204 Arbeitssuchende erhielten also durch den Nachweis keine Stellung, gleichzeitig blieben aber 169 offene Stellen unbesetzt, trogdem die Gesuchs um Arbeit die Angebote um 134 übersteigen. Diese Fluktuation kommt hauptsächlich daher, daß in den Monaten April und Mai das Angebot größer war als die Nachfrage, ferner kommt noch in Betracht, daß die offenen Stellen durch Arbeitssuchende, die „umschauen gehen“, schon „besetzt sind“, bis jemand vom Nachweis hintan. Im Durchschnitt entfallen auf 100 offene Stellen 123 Arbeitssuchende.

Der am April 1899 vereinbarte Lohntarif wurde im Laufe des Jahres von den Arbeitgebern mehrfach durchbrochen und umgangen. Die meisten Verstöße gegen den Tarif sind in Bezug auf die Vergütung der Überarbeit und Überstunden, sowie Nichtinhaltens der Arbeitszeit zu verzeichnen.

Einige größere Firmen können sich absolut dem Tarif nicht fügen und suchen durch Anwendung allerhand Praktiken von der tarifmäßigen Zulage sich zu drücken. Es wurden aus diesem Grunde wiederholt einzelne Firmen vor das Gewerbege richt zitiert.

Zu der Einführung der 9½-stündigen Arbeitszeit konnten sich eine Anzahl Werkstellen immer noch nicht entschließen, trogdem dieselben den Tarif anerkannt haben. Wiederholte nahmen die Gehilfenvertreter in der Tarifkommission Veranlassung, diese Fälle zur Sprache zu bringen und auf die daraus entstehenden Konsequenzen aufmerksam zu machen, jedoch mit negativem Resultat infsofern als diese Mißstände ruhig weiter bestanden.

Mit der Abschaffung der Ultorarbeit nehmen es die Arbeitgeber sehr leicht, der Paragraph im Lohntarif: „die Ultorarbeit ist im Interesse des Gewerbes möglichst zu beseitigen“, hat für sie einen sehr „beherrschenden“ Begriff erhalten. Jedoch muß gleichzeitig auch angeführt werden, daß die Gehilfen bezüglich der Ultorarbeit auch nicht rein von Sünden sind und so manche Ultorarbeit unterlassen würde, wenn die Kollegen mehr ein stilles Rücker und einen ernsten Willen zur Beseitigung dieser den Beruf so schwer schädigenden Arbeit besitzen würden.

Der Paragraph im Lohntarif, „die Kündigung ist gegenseitig aufgehoben“, erwiekt bei einer Reihe von Arbeitgebern die Meinung, daß sie die Gehilfen zu jeder Stunde entlassen könnten und nur die Zeit bis zur Entlassung zu bezahlen brauchten. Diese Auffassung brachte mehrere Arbeitgeber vor das Gewerbegericht und erzielten die Kläger in allen Fällen ein obiegendes Urteil. Das Gewerbegericht geht von dem Standpunkt aus, daß, wenn auch keine Kündigung besteht, so ist damit doch nicht gesagt, daß man den Arbeitnehmer zu jeder Stunde entlassen könne, sondern nur am Schlusse des Arbeitstages.

Die Bibliothek erfreute sich keiner guten Benutzung, nur 51 Mitglieder nahmen dieselbe 115 Mal in Anspruch. Die Zahl der entliehenen Werke betrug 61. Als Mißstand wird bezeichnet, daß die Mitglieder die Bücher zu lange im Besitz behalten, infolgedessen einzelne Werke, hauptsächlich Fachwerke, im Laufe des Jahres nur zwei bis drei Mal ausgeliehen werden konnten.

Der Kassenbestand wies eine Einnahme von 9334.62 M. auf, demgegenüber steht eine Ausgabe von 9044.90 M., so daß am 1. Januar 1901 ein Kassenbestand von 289.72 M. vorhanden war. Die Ausgaben verteilen sich auf die einzelnen Posten wie folgt: Kranunterstützung 1196.29 Mark, Reiseunterstützung 88.74 M., an die Hauptkasse gesandt 3810.36 M., an die Provinz-Agitationskommission 695 M., an Verwaltungskosten der Filiale 3254.51 M. Insgesamt wurden im Jahre 1900: 32 938 Beitragsmarken verkauft bei durchschnittlich 757 Mitgliedern, es haben also 634 Mitglieder volle 52 Wochen Beiträge bezahlt.

Die Mitgliederzahl betrug am 1. Januar 1900: 828, im Laufe des Jahres sind eingetreten 246, ausgereist sind 108. Der Abgang war infolge der schlechten Konjunktur durch Abreise ein großer; es sind 228 Kollegen abgereist, also 120 mehr wie zugereist. Der Abgang durch Streichung wegen restriktiver Beiträge betrug 290; es übersteigt diese Zahl die Aufnahme um 44 Mitglieder. Von den gestrichenen Mitgliedern waren 170 unter 1 Jahr, 110 über 1 Jahr und nur 10 Mitglieder über 2 Jahre Mitglied. Die Fluktuation ist also nach diesen Zahlen am größten bei den Mitgliedern unter 1 Jahr, bei den Mitgliedern mit einem Jahr und darüber läuft dieselbe schon bedeutend nach, wenn aber die Mitglieder einmal zwei Jahre der Organisation angehören, nehmen sie es schon etwas ernster mit derselben, das zeigt, daß nur 10 Mitglieder, die über 2 Jahre Mitglied waren, gestrichen wurden.

Die Zugehörigkeit zur Organisation vertheilt sich auf die am Jahresende vorhandenen 623 Mitglieder wie folgt: Unter 1 Jahr 125, 1: 261, 2: 158, 3: 35 4: 3, 5: 3, 6: 5, 8: 2, 9: 3, 10: 7, 12: 1.

Der Kollege Zimmermann führte zum Schluß seines Berichtes aus, daß, wenn die Organisation auch in Breite nicht zugewachsen, wir doch mit dem Erfolg, den dieselbe in die Tiefe gemacht, rechtlich zufrieden sein können. Denn die Hauptfasse einer Organisation liegt in der „Stabilität“ der Mitglieder. Dienigen „Herrn Kollegen“, die also glaubten, daß sie die Organisation in Frankfurt vernichten könnten und schon einen Trümmerhaufen erblickten, haben also im „Trüben“ gefischt. Wir wollen hoffen, daß es auch einst für diese Kollegen Tag werde und dieselben einsehen, daß nur durch eine feste Organisation die wirtschaftlichen Verhältnisse nicht nur verbessert, sondern auch diese Verbesser-

ungen hochgehalten werden können, und da ist es wiederum nur die Organisation, die sich dieser Aufgabe widmet. Gerade zur Zeit einer „Geschäftsflaue“ ist dieses umso mehr ersichtlich, denn was wollte der Einzelne machen, wenn die Unternehmer diese Gelegenheit benutzt und die jetzt noch schlechten Löne wieder „reduzieren“ würden, diesen kann nur eine geschlossene Masse wirksam entgegentreten. Deshalb muss es sich jeder organisierte Kollege zur Pflicht machen, stets und ständig für die Interessen der Organisation einzutreten. Ein gutes Beispiel können sich die Kollegen an den Herren Arbeitgebern nehmen, die gegenwärtig auch in Hessen-Kassel und den angrenzenden Provinzen die Werbetrommel röhren, um, wie sie sagen, ihre „Berufsinteressen zu vertreten“. Viele man wegen des Winters und der damit verbundenen Arbeitslosigkeit den Mut nicht, denn es folgt dieser Zeit auch wieder eine andere und da gilt es denn, mit voller Macht seine Kraft einzusetzen. Macht sich jeder Kollegen zu eigen, wird der Erfolg nicht ausbleiben.

Nachdem eine lebhafte Diskussion hauptsächlich über die der Filialverwaltung gestellten Anträge bezüglich der Verschmelzung des Sekretariatsbeitrages und der Zeitungsmarke zu einem monatlichen Beitrag von 15 Pfg. stattgefunden hatte, wurde zur Neuwahl des Vorstandes und der Agitationskommission geschritten. Mit einem Hoch auf die Organisation schloß der Vorsitzende hierauf die Versammlung.

## Aus unserem Berufe.

Wie uns vom paritätischen Arbeitsnachweis der Maler, Lackierer und Anstreicher zu Berlin mitgetheilt wurde, betrug im Jahre 1899 die Zahl der eingeschriebenen Personen 8822, von denen 6677 oder 75 p. 100 Arbeit vermittelten erhielten. Im vergangenen Jahre 1900 waren 10597 Personen eingeschrieben. Von den gemeldeten 12596 Stellen wurden 7696 besetzt, mithin konnten 5900 Stellen nicht besetzt werden. Damit ist natürlich nicht gesagt, daß in Berlin voriges Jahr ein großer Arbeitermangel war. Nur zur Zeit der Saison, in den Monaten April, Mai, Juni, August, September und Oktober übertraf die Nachfrage das Angebot. Auch ist in Betracht zu ziehen, daß viele Kollegen, die eine gezeichnet sind, unter der Hand in Arbeit treten und in Abzug gebracht werden müssen. Wieviel von den nicht besetzten Stellen bei den Gehilfen „als windige“ gelten, ist leider nicht bekannt, denn zur sog. „Berufszeit“ tauchen mitunter ganz traurige Gestalten als „Arbeitgeber“ auf, von denen so mancher Kollege ein Lied zu singen weiß.

Aus einem Schreiben von Nov. 1900 ist zu erkennen, daß die dortige Verwaltung von einigen „Kloßkollegen“ bestichtigt wird, die der Filiale zugehörigen 25 p. 100 für sich zu gebrauchen. Wir glauben, daß die dortige Verwaltung, welche bisher ihrer Pflicht nachgekommen ist, sich durch solche „Nabelstücke“ nicht beirren läßt. Verlämder und Chraboschnecker, überhaupt Leute mit niedriger Gesinnung, gibt es überall, solche Elemente braucht Niemand zu fürchten, der auf dem richtigen Wege ist und seine Kräfte aufspart zur Bekämpfung des Unverständes. Meistens ist es die „Dummheit“ solcher Menschen, welche beweislos solche Gerüchte aussprengen, da bleibt nichts weiter übrig, als: „Herr, verzeih ihnen, sie wissen nicht was sie thun“, zu sagen. Wer genau auf Rechenschaft über die interne Verwaltung haben will, der trete in die Filiale ein, sorge dafür, wie es einem modernen Arbeiter geziert, daß er mit Hand anlegt an der Verbesserung der gewerblichen Verhältnisse, dann wird er auch einen Glück gewonnen in das Organisationsleben und sich seiner Rechte und Pflichten bewußt werden.

Als Kuriosum wurde uns folgender Fall gemeldet: Bei unserem Filialfasser in Lüneburg meldete sich ein auf der Reise befindlicher Kollege und legte ein Schriftstück folgenden Inhalts vor:

Der Maler N. N. hat erklärt, daß er berechtigt sei, in Lüneburg Reiseunterstützung zu erheben. Es sind ihm darauf 60 Pfg. ausgehändigt, damit er die Reise nach Lüneburg per Bahn zurücklegen kann.

Der Magistrat von Bevensen.

I. S.

Nach Vorzeitung dieses Schriftstückes sind dem Magistrat in Bevensen die 60 Pfg., die er in Liebensteinsbüro für Weise einem Verbandsmitgliede vorgeschoßen hatte, per Postanweisung zugesandt. Natürlich wurde der Betrag dem reisenden Maler von seiner Reiseunterstützung in Abzug gebracht. Das Vorgehen des Magistrats in Bevensen verdient alle Anerkennung und wird zur Nachahmung empfohlen.

Der erste Verbandstag des Verbandes der Maler, Lüncher- und Lackiermeister Süddeutschlands findet am 10. und 11. Februar d. J. in München, Hotel Metropol, statt.

## Lohnbewegung.

Die Lackierer der Trambahn-Gesellschaft in München befinden sich im Abwehrstreik. Näherer Bericht steht noch aus.

Hannover. Eine gut besuchte öffentliche Mitgliederversammlung tagte am 21. Januar im „Ballhof“ mit folgender Tagesordnung: 1. Welche Lehren ziehen wir aus den in unserem Berufe stattgefundenen Lohnkämpfen. Referent Verbandsvorsitzender Kollege Todler-Hamburg. 2. Bericht über das Resultat der Verhandlungen des Gehilfenausschusses mit der Innung. 3. Wie stellen wir uns zu den Zugeständnissen der Innung? 4. Festsetzung eines Lohntarifs und Verschiedenes. Der Referent schilderte in ausführlicher Weise die Lohnkämpfe unseres Berufes, namentlich die der letzten Jahre, und wies nach, wie notwendig es sei, die noch indifferenten Massen an die Vereinigung zu fesseln. Durch günstige Lohnkämpfe würde die Organisation gestärkt, zur Agitation müßten sie voll ausgenutzt werden. In Hannover steige in dieser Beziehung noch viel im Urein, ziemlich einzig stehe Hannover unter den norddeutschen Städten mit der 10-stündigen Arbeitszeit da. Mit der Verkürzung der Arbeitszeit und der Festsetzung eines Mindestlohnes würden sich die hannoverschen Kollegen bald zu beschäftigen haben. Vor allen Dingen sei nötig, der Masseneintritt in die Gewerbe. — Den Bericht über die Verhandlung mit der Innung erstattete der Bevollmächtigte, Kollege Schubert. Von der bereits im vorigen Frühjahr gestellten Forderung habe die Innung den Mindestlohn von 40 Pfg. und für Wöhne, die bisher schon 40 Pfg. und darüber betrugen, eine Erhöhung von 10 p. 100 bewilligt, die 9½-stündige Arbeitszeit sei dogmatisch abgelehnt, die Versammlung habe nun zu beschließen, ob das Anwerben der Innung anzunehmen sei oder nicht. In der hierauf folgenden Beratung eines Lohntarifs wurde einstimmig an der 9½-stündigen Arbeitszeit festgehalten. In der Beratung der Arbeitszeit erklärte die Versammlung eine der wichtigsten Forderungen, da der Lohn sich förmlich von selbst erhöht, und hoffte, daß auch dieser Punkt in Güte bewilligt wird.

Allgemein aber ging die Aussicht dahin, daß, wenn es hier zu einem Lohnkampf kommen würde, es sich dann nur um einen höheren Mindestlohn und um die 9½-stündige Arbeitszeit handeln dürfe. Nach einem kräftigen Appell an die Versammlung, für die Entfaltung der Organisation alle Kräfte einzusehen, schloß der Vorsitzende, Kollege Hinsele, die Versammlung.

Selbstverständlich. Eine von etwa 300 Personen besuchte Versammlung der Arbeiter der Süddeutschen Waggonfabrik fand hier statt. Der Saal „Zur schönen Aussicht“ war überfüllt; auch einige Meister der betreffenden Fabrik waren erschienen. Gegenstand der Versammlung war die Kündigung eines Lackiers, welcher in den dortigen Arbeiterorganisationen eine etwas hervorragende Rolle spielt. Da zur Zeit ein Arbeitsmangel nicht besteht, die Direktion vielmehr noch Arbeitskräfte nicht benötigt, die Aussicht einer Kündigung einer Maschinenfabrik und das um so mehr, als auch anderen dort beschäftigten Arbeitern durch nicht mißverstandene Andeutungen nahegelegt wurde, sich von der Tätigkeit in ihren Organisationen mehr zurückzuziehen. Jedenfalls will die Direktion ihren Einfluß auch auf die frei Zeit der Arbeiter noch geltend machen. Auch andere in der Fabrik vorherrschende Missstände sind vorhanden. So fehlt es an den erforderlichen Waschvorrichtungen, die Arbeiter sind so gezwungen, ihr Frühstück und Brot mit dem schmutzigen Finger anzuhaben, wodurch mehrfach Erkrankungen an Bleirollen zu Tage treten. Auch die Behandlung seitens einzelner Meister soll zu wünschen übrig lassen. Da oft unter den wichtigsten Gründen der Fabrikarbeiter zurückgewiesen wurde, haben sich die Arbeiter gezeigt, an die Öffentlichkeit zu gehen. Die Versammlung protestierte gegen die Entlastung des Ausschusmitgliedes, Lackierer Esche, tadelte das Verhalten der Direktion und wählte aus ihrer Mitte eine Kommission von 3 Mann, welche unter Hinzuziehung eines Frankfurter Arbeitervertreters bei der Direktion vorstellig werden und zur Befestigung der Differenzen beitragen soll. Selbstverständlich wird Niemand von außerhalb unter diesen Umständenzureisen, den Lehrer, wie notwendig es ist, sich zu organisieren.

## Versammlung-Berichte.

Altona. Am 16. Januar hielt die Filiale Altona eine gut besuchte Generalversammlung ab. Nach dem Vorstandsbereich des Kollegen Warnte hat die Filiale im letzten Jahre ähnlich gut abgeschlossen. Wir hatten 127 Mitglieder, die ihre Beiträge voll bezahlt haben, gegen 106 des Vorjahrs. Der Arbeitsnachweis wurde von 554 Kollegen beantragt, davon erhielten 318 bei 49 Meistern Arbeit. Die Kosten des Arbeitsnachweises betrugen im letzten Jahre 30.50 M., wovon die Hälfte von der Zwangszinnung bezahlt wird. Den Jahresbericht vom 4. Quartal bringt Kollege Krebs. Danach bleibt der Filiale ein Haushalt bestand von 134.77 M. Die Neudahl der Filialverwaltung wurde vorgenommen und der bisherige Vorstand einstimmig wieder gewählt, als Stellvertreter die Kollegen Kies und A. Schüller, als Revisoren Russel und Rauffs und als Delegierte für das Gewerkschaftsrat Ehlers und Burmeister. Darauf wurde von der Versammlung für sämtliche in der Verwaltung thätigen Personen eine entsprechende Vergütung bewilligt. Die Bezirkstafser sollen jetzt 1 M. pro Mann und Jahr als Vergütung erhalten.

Berlin I. Am 8. Januar wurde in den „Arminhallen“ unsere Generalversammlung abgehalten. Den Vorstandsbereich erstattete Kollege Plum. Er weist in seinen Aussführungen darauf hin, daß es der Vorstand in Unberacht der bevorstehenden Lohnbewegung für angebracht halte, die neue Verwaltung schon jetzt zu wählen. Im Ueblichen kann er zu seiner Freude konstatieren, daß die Filiale Dank der energischen Agitation wiederum auf dem Wege nach Vorwärts sei; dieses zeige sich deutlich an der Mitgliederzahl, die von circa 350 auf über 600 gestiegen sei, trotz der, speziell in diesem Jahre, überaus stark zu Tage getretene Korruption in den Reihen der Berliner Kollegen. Es sei aber nicht mehr möglich, mit der geringen Zahl von thätigen Kollegen die Arbeit zu bewältigen, weswegen sich der Vorstand mit der Erweiterung reib. Neugestaltung der bisherigen Agitations-tätigkeit befaßt habe. Aus diesem Grunde empfiehlt verschief die Theilung der jetzigen großen Bezirke in mehrere kleinere unter Ernennung eines Bezirksführers für dieselben. Diese Bezirksführer haben sich die Hilfsfasser und sonstigen Hilfskräfte zu wählen und gemeinschaftlich mit diesen die Haushaltung in energetischer Weise zu betreiben. Desgleichen soll die Zahl der Beisitzer von acht auf vier erhöht werden. Diesen Vorschlägen stimmte die Versammlung zu. Filialversammlungen haben in den ¾ Jahren unserer Tätigkeit acht stattgefunden und zwar mit verschiedenen Vorträgen. Vorstandsfürungen fanden 15 statt, außerdem noch 5 kombinierte. Auch den Kassenbericht erstattete Kollege Plum an Stelle des erkrankten Kassiers. Er ergiebt eine Einnahme von 2220.20 M. und Ausgabe von 2158.76 M., mithin bleibt ein Bestand von 61.44 M. Auf Antrag der Revisoren wird dem Kollegen Plum für Monat Dezember Deckung ertheilt. Zug der Wahl gingen folgende Kollegen hervor: G. Linl. Vorsitzender, A. Plum, Kassier, W. Siebert, Schriftführer, Bartel, Bergener, Frank und Schulze, Beisitzer; Fallobert. Unter Verschieben werden zunächst die Kollegen durch Plum und Siebert zu wiederholten Maleen auf die Neue Friedrichstr. 20 bei Preuß. befindliche Zentral-Bibliothek aufmerksam gemacht und deren Benutzung angeleghentlich empfohlen. Ein Antrag Reich, die Herberge von Stramm, Mitterstraße, nach dem Gewerbehaus zu verlegen, wird dem Vorstand als Material überwiesen und schließlich ein Antrag, die Entschädigung des Kassiers auf monatlich 18 M. zu erhöhen, angenommen. Vorwärts heißt nun auch die Devise für uns im neuen Jahrhundert; wird auch der Tanz im Frühjahr bei den Verhandlungen über unseren Lohntarif ein heiter werden, wie werden ihn mögen; doch hoffen wir, daß die Vereinbarungen geregelt werden.

Dresden II. Am 22. Januar fand in der „Klostergasse“ eine öffentliche Versammlung statt. Zum I. Punkte, die gegenwärtige wirtschaftliche Krise und die gewerkschaftlichen Arbeiterorganisationen, referierte Kollege Klemm in überzeugender, ausführlicher Weise. Darauf befaßte man sich mit der Aufstellung von Kandidaten des neuauwahlenden Gehilfenausschusses der hiesigen Zwangszinnung. Die Versammlung beschloß einstimmig, die Kollegen Tieke, Nitsche und Westphal, sowie als Ersatzmänner die Kollegen Werner und Straube in der voraussichtlich im Februar stattfindenden Innungsgehilfenversammlung vorzuschlagen und für deren Wahl einzutreten. Außerdem teilte Kollege Westphal noch mit, daß gegenwärtig Verhandlungen mit der Innung schwieben, befußt Einführung eines Arbeitsnachweises, jedoch noch kein endgültiges Resultat zu erzielen gewesen sei. Zum

Vertreter ins Gewerkschaftsrat wurde Kollege Westphal gewählt. Unter "Bauarbeiter" schloßte ein 62-jähriger Kollege die Zustände auf dem hiesigen Bahnhofsnenbau. Außerdem machte man auf die vom hiesigen Gewerkschaftsrat errichtete Wärmetaube aufmerksam und führte der Versammlung das sehr eindrückliche Verhalten der hiesigen Polizeidirektion hierzu vor Augen. Nachdem der Vorsitzende den Anwesenden noch zur Pflicht gemacht hatte, recht zahlreich in der Innungsversammlung zu erscheinen und den ausgesetzten Kandidaten zum Siege zu verhelfen, schloß derselbe die sehr zahlreich besuchte Versammlung. Darauf stellten sich noch eine Anzahl Kollegen in den Verband aufzunehmen. Zu wünschen wäre nur noch, daß sich endlich einmal die hiesigen Laiizer und Schriftsteller, soweit sie noch nicht organisiert sind, überlegen, welche traurige Rolle sie unter der Dresdener Arbeiterschaft durch ihre Abseitsstehen bis jetzt gespielt haben und dafür ihren Beitrag zur Organisation erklärten.

**E s s e n.** (Situationsbericht.) Die allgemeine Lage der hier am Ende beschäftigten Kollegen wurde ziemlich genau in der von uns Anfangs vorigen Jahres ausgeführten Statistik dargestellt. Das Durchschnittslohn betrug 40,8 Pf. pro Stunde, die Arbeitszeit in den meisten Werkstätten 11 Stunden. Kündigungskosten lagen nur noch ganz vereinzelt vor. Der Jahresverdienst war nach der angegebenen Arbeitslosigkeit im Durchschnitt 1500 Mt. Diese Statistik war für uns ein ganz vor treffliches Agitationsmaterial. Es gelang uns, an der Hand dieses und anderem gesammelten Materials, die gesammelten Verbandskollegen zu einer intensiven Arbeit für die geplante Lohnbewegung zu engagieren. Wir hielten von Januar bis Ostern 4 öffentliche Versammlungen ab. Die Teilnehmerzahl an diesen wuchs mit jeder Versammlung. Gleichzeitig wählten wir Werkstätten-Delegierte und hielten öfters Werkstätten-Versammlungen ab. Der Erfolg zeigte sich denn auch, es war unsere Mitgliederzahl von knapp 50 zahllenden Mitgliedern auf 211 angewachsen, welche sich allerdings erst bewähren mussten. Über ein frischer Zug ging durch die Kollegenschaft und troh der Vertagung des Streits hatten wir bezüglich Lohnhöhe und Arbeitszeit unsere Forderungen größtenteils in kurzer Zeit erreicht. Der Mitgliederstand ging dann wohl infolge der Enttäuschung der streiklustigen Masse und auch wohl in Folge Erholung der überangestrengten Kräfte stark zurück. Die Zahlungserstellungen begannen und wenn das Bezirksschafferei uns 100 zahllende Mitglieder erhalten hat, so können wir ruhig sagen, daß es diesen Schwierigkeiten gegenüber etwas Gutes geleistet hat. Ebenso können wir behaupten, daß die Lohnbewegung, welche unsere Faß verbündet hat, eine erfolgreiche war. Wie können nun mit doppelter Faß und frischen Mut den Angriff wiederholen, um das, was uns der Winter und die große Reservearmee wieder entrissen haben, zufolge zu erobern und Neues dazu, denn manche Vortheile haben wir wieder verloren. Die geistige Tätigkeit in der Filiale war eine ziemlich rege, was sich besonders vor der Generalversammlung zu Würzburg zeigte. Zur Auflösung der Kollegen wurden verschiedentlich Vorträge gehalten, was nach Konsensbeschuß regelmäßig einmal im Monat geschehen soll. Die am 14. Januar stattgefunden Generalversammlung konnte einen Bestand von 100 zahllenden Mitgliedern konstatieren. In derselben wurde der Vorstand neu gewählt.

**E n n a.** (Situationsbericht.) Wurde unsererseits auch seit längerer Zeit nichts mehr berichtet, so wurde dennoch für eine rege Agitation Sorge getragen. Die Filiale, welche 1894 gegründet wurde und 17 Mitglieder hatte, zählt jetzt 42 Mitglieder. In Anbetracht, daß 1900 ca. 70–80 Kollegen hier arbeiteten, gerade nicht das glänzendste Resultat. Seitdem hier eine Organisation besteht, ist für unsere Kollegen mancher Erfolg zu verzeichnen. Bestand bei der Gründung der Filiale noch ein Stundenlohn von 18–25 Pf., so wurde durch die Bewegung 1897 ein Lohn von 30–35 Pf. erreungen. Die Bewegung wurde glänzend eingeleitet, doch hatten wir leider noch keine Kampfgeübte, überzeugungstreue Streiter, darum fiel damals so Planer ab und nur den Organisator, welche Stange hielten, ist es zu verdanken, daß nach vierwochentlichem Kampf ein Tarif zu Stande kam. Dies war auch der Anstoß, daß sich die Meister organisierten. Ein Kollege, der damals mit unterstützt wurde, steht uns jetzt indifferent gegenüber. Zu den Wahlen des Gehilfenausschusses hatten wir bei Seiten-Vorbereitungen getroffen und wählten auch unsere Kandidaten. Darnach konnte man sagen: "In allen Wipfeln ist Ruh", denn die Zinnung rührte und regte sich nicht. Um dies "Instrument" in Bewegung zu bringen, mußten erst andere Register aufgezogen werden, da die meisten Herren davon davon halten: "I will me' Ruh" hat! Nachdem wir endlich so weit gekommen waren, eine Sitzung abzuhalten, war für uns das Wichtigste, den Arbeitsnachweis zu regeln, da wir uns über "zu viel Sitzungen" nicht belägen können. Es gelang auch den Nachweis auf die Centralherberge zu verlegen und die einzelnen Bestimmungen festzusetzen. Der allgemeine Aufschwung war auch hier zu verspüren, sodass selbst unser Oberbürgermeister in einer Sitzung ausführte, daß unsere Beamten mit ihrem Gehalt nicht mehr auskommen können, da der wirtschaftliche Aufschwung in Tengen ein solch raspid sei; selbstverständlich wurde eine Nachbereitung angenommen. Nun war es auch für uns höchste Zeit, unseren Tarif etwas zu revidieren. Die Vereinbarungen, welche in Nr. 20 des "W.-A." 1900 ausführlich aufgeführt wurden, brachten auch wieder einige Verbesserungen. Der bestehende Stundenlohn wurde um 2 Pf. erhöht, die Arbeitszeit und der Aufschlag bei Nassadenarbeit geregt, bei Punkt 5 die Kilometerzahl von 10 auf 7½ herabgesetzt und die Auszahlung des Lohnes auf Freitag Abend festgelegt. Leichtere Bestimmung wird nur von Herrn Kästner nicht eingehalten – und warum? Weil seine Leute damit aufreden. Naivig aber wahr, es gibt immer noch Kollegen, welche blindlings die Einrichtungen mit filzen treten, welche mit schweren Opfern errungen wurden. Doch lassen wir den Mund nicht sinken, freuen wir ruhig in diesem Sinne weiter, da wir erkannt haben, daß unser gräßiger Feind „der Unverständ der Massen“ ist und diesen zu bekämpfen sei unser Losungswort.

**O s n a b ü r g.** Nach Erledigung des Kassenberichtes erstattete Kollege Winkelmann den Jahresbericht. Indem er des Nächsten auf die Vorlommisse eingeholt, weist er besonders auf die Haussagitation hin, welche auch hier energisch durchgeführt werden muß, denn mit dem bisherigen Resultat von einigen Monaten können wir schon zufrieden sein. Ebenso führt er den Kollegen die Errungenheiten der letzten Bewegung vor Augen und ermahnte die Anwesenden, recht rege für die Filiale zu arbeiten, um mit dem Groß der hiesigen Kollegenschaft geschlossen dann die Verkürzung der Arbeitszeit einzutreten zu können. Nachdem die Vorstandswahl erfolgt und für den Vorsitzenden und Kassirer eine Entschädigung festgesetzt war, erfolgte Schluss der Versammlung.

**M i x d o r f.** Eine ziemlich gut besuchte Versammlung fand am 15. Januar. In seinem Jahresbericht hob Kollege Mieck die wirtschaftlichen Verhältnisse der Filiale hervor und konstatierte mit Genugthuung, daß der Stand der Filiale sich gebessert und eine beständig vorwärtschreitende Richtung einteime. Aus dem Bericht des Kassiers ist zu entnehmen,

dass der Bestand 95,51 Mt. ist. Dem Kassirer wurde Decharge ertheilt, worauf die Neuwahl des Vorstandes wieder erfolgte. Die Haussagitation, welche sich gut bewährt, soll weiter bestehen bleiben und meldeten sich hierzu freiwillig fünf Kollegen.

**S c h i e r s t e i n.** Zunächst wurden in unserer Generalversammlung die örtlichen Filialangelegenheiten geregelt und die Neuwahl des Vorstandes vorgenommen. Allerdings wurde die Saumfreiheit der Mitglieder getabelliert, welche es nicht der Mühe für werth halten, in den Versammlungen zu erscheinen. Es wird darum an alle Mitglieder die Aufforderung gerichtet, gewissenhaft ihrer Pflicht nachzukommen, denn nur dann kann es ermöglicht werden, die Interessen unserer Vereinigung zu fördern.

**S i a ß f u r t.** In unserer letzten Mitgliederversammlung wurden die Kollegen Seidel zum Vorsitzenden und Schaaf als Kassirer wiedergewählt. Dem Kassirer, welcher die Haussagitation übernimmt, wurden 10 % zugesprochen, dessgleichen eine Regelung zur Wahlnebung der Filialversammlungen vorgenommen. Da kommen den Frühjahren eine günstige Konjunktur zu erwarten ist, wird es um Aufgabe der Filiale sein, diese Zeit nicht unbehoben vorübergehen zu lassen, um die hiesigen Lohn- und Arbeitsverhältnisse besser zu gestalten. Die Versammlung wählte deshalb eine Kommission, welche einen Tarif auszuarbeiten und in der folgenden Versammlung den Mitgliedern zu unterbreiten hat. Der Vorsitzende ermahnte die Kollegen, dafür zu sorgen, daß kein Kollege außerhalb der Vereinigung stehen darf, wenn wir zum allgemeinen Wohle unsere Lage verbessern wollen. Sämtliche Kollegen sind verpflichtet, in den Versammlungen anwesend zu sein.

## Bangewerbliches.

**D**ie Bauarbeiter-Schuhkommision in Stuttgart richtet an die württembergischen Stände-Kammer eine Petition um Erlaubnis eines Gesetzes zum Schutze von Leben und Gesundheit der Bauarbeiter. Der Petition ist eine ausführliche Begründung, sowie eine Reihe praktischer Vorschläge sowohl in technischer Beziehung, wie auch in Bezug auf eine wirksame Baufontrolle beigefügt. In letzterer Beziehung wird die Einführung staatlicher Kontrolle für das ganze Land durch vom Staate besetzte, von Arbeitervertretern vorgeschlagene Beamte aus Bauarbeiterkreisen empfohlen. Da die Regierung schon vor längerer Zeit, wenn auch nicht offiziell, das Versprechen gegeben, auf einen geregelten Bauarbeiter-Schuh hinzuwirken zu wollen, außerdem in den Nachbarstaaten Bayern und Baden diese Arbeiterforderungen bereits praktische Form angenommen, ist zu erwarten, daß die Petition seitens des Landtages weitgehende Berücksichtigung findet.

Ein Opfer seines Berufs ist der Kollege M. in Kirdorf geworden. Derselbe arbeitete bei dem dortigen Malermeister Grau auf einem Neubau in der Holsburgstraße zu Wilmersdorf. Es waren ihm nebst einem Kollegen P. die hinteren Zimmerdecken zum Preise von 5 Mt. per Stück und außerdem die Küchendecken (Schiefertapeten malen, Hohlkehle und Stoße und keine Schuhlinien) für den horrenden Preis von — sage und schreibe „300“ Mark zur Ausführung übertragen. Es muss bemerkt werden, daß die Kollegen für vorgenannte Preise gleichzeitig das Einstreichen der Decken. Wie auch das Stellen der „Rüstungen“ zu besorgen hatten. Da aber die Rüstung auch hier, wie es oft geschieht, aus dem alten verbrauchten Material der Maurer zusammengeföhrt wurde, so kam einer jener bekannten wackeligen Aufbauten zu Stande, wie sie leider unter den Maler „Rüstungen“ nur zu oft gefunden werden. Außerdem stand dieses Henkergerüst noch auf einem Tages zuvor geöffnetem Fußboden. Während nun M. mit dem Kollegen P. auf dieser Rüstung arbeitete, rutschte plötzlich einer der Niegel aus und die „Rüstung“ stürzte zusammen. M. kam so unglücklich an liegen, daß er einen komplizierten Schädelbruch davontrug. Dieser Fall beweist aufs Neue, daß es durchaus nothwendig ist, die Bestimmungen über den Rüstungsbau auch auf die Rüstungen der Maurer auszudehnen. Letzter gelten die polizeilichen Bestimmungen über den Rüstungsbau nur für Nothbauten bez. für Maurer usw. Die Behörden scheinen die Sachlage zu unterschätzen, denn auf eine Gabe der Vorstände der baugewerblichen Arbeiter über Bauarbeiter-Schuh an den Polizeipräsidienten zu Berlin, die im Juli eingereicht wurde, ist bis heute noch keine Antwort erfolgt. Die Bauarbeiter haben ferner vor kurzem an das Abgeordnetenhaus eine Petition eingereicht, in der die standlosen Zustände, die im Baugewerbe in Bezug auf die Gefahr für Leben und Gesundheit der Arbeiter herrschen, klarlegt werden. Gleichzeitig haben aber auch die Betreter Mittel und Wege angegeben, wie die Mißstände beseitigt werden können. Wird das Abgeordnetenhaus sich zu der Höhe ausschwingen und in die Verabschaltung der Petition eintreten? Obiger Unfall beweist wieder die Notwendigkeit gesetzlich einzutreten, beweist aber auch gleichzeitig, daß die Altarbeit, unter allem Luder, Mordarbeit ist.

**E**ine Landesversammlung der lokalen Bauarbeiter-Schuhkommisionen beruft die Landes-Bauarbeiter-Schuhkommision für Bayern für den Ostermontag nach Nürnberg ein (Rest. Martin Behaim). Auf die provisorische Tagessordnung sind folgende Punkte gesetzt worden: 1. Bericht der Landes-Bauarbeiter-Schuhkommision; 2. Berichte der lokalen Bauarbeiter-Schuhkommisionen; 3. Der Bauarbeiter-Schuh mit besonderer Rücksicht auf die Reform in Bayern; 4. Agitation und Organisation für den Bauarbeiter-Schuh in Bayern. Alle den Bauarbeiter-Schuh in Bayern und die Konferenz betreffenden Anlässe sind zu richten an Johann Mettel, Ostdamerstraße 11, Nürnberg.

Von der Zentralkommision für Bauarbeiter-Schuh in Hamburg wird uns folgendes mitgetheilt: Am 1. Oktober d. J. ist das neue Unfallversicherungsgesetz in Kraft getreten. Die Presse hat in einachsender Weise dieses Gesetz behandelt und es kommt für die baugewerblichen Arbeiter wesentlich darauf an, die Bestimmungen hervorzuheben und in den Vorbergrund treten zu lassen, die für den Arbeiter-Schuh in Frage kommen. Hierzu ist besonders beachtenswerth der § 112, der an Stelle des § 78 des alten Gesetzes getreten ist:

Die Genossenschaften sind befugt und können im Aufsichtsamt angehalten werden, Vorschriften zu erlassen:

1. Ueber die von den Mitgliedern zur Verhütung von Unfällen in ihren Betrieben zu treffenden Einrichtungen und Anordnungen unter Bedrohung der Zuwidderhand-Inhaben mit Geldstrafen bis zu 1000 Mt. oder mit der Einschätzung ihrer Betriebe in eine höhere Gefahrenklasse oder, falls sich die letzteren bereits in der höchsten Gefahrenklasse befinden, mit Zuschlägen bis zum doppelten Betrag ihrer Beträge.

2. Die Genossenschaften sind außerdem befugt, solche Vorschriften für bestimmt abgrenzende Betriebe oder für bestimmte Gewerbszweige (z. B. für Maler, Dachdecker, Bauarbeiter usw. oder Betriebsarten zu erlassen.

3. In den Unfallverhütungsvorschriften ist anzugeben, in welcher Art diese Vorschriften zur Kenntnisnahme der

Verhältnisse zu bringen sind. Die zu erlassenden Vorschriften unterliegen nach § 113 Abs. 5 der mitwirkenden Berathung und Begutachtung der Vertreter der Arbeiter.

Eine besondere Beachtung verdient auch der § 117 des neuen Gesetzes. Um zu verhindern, daß nicht die polizeilichen Maßnahmen zum Schutz der Arbeiter in Widerspruch mit den Unfallverhütungsvorschriften treten, bestimmt hier das Gesetz:

1. Die von den Polizeibehörden für bestimmte Gewerbszweige oder Betriebsarten zur Verhütung von Unfällen zu erlassenden Anordnungen sollen, sofern nicht Gefahr im Bezug ist, den beteiligten Genossenschafts- oder Sektionsvorständen zur Begutachtung nach Mithabe des § 115 Abs. 4 vorher mitgetheilt werden. Dabei finden § 113 Abs. 2, § 114 entsprechende Anwendung.

2. Die Polizeibehörden sind verpflichtet, von den gemäß § 120 d Abs. 1 der Gewerbeordnung zur Verhütung von Unfällen getroffenen Anordnungen derjenigen Genossenschaft, welcher der beteiligte Betrieb angehört, Kenntnis zu geben.

Auch bei diesen Maßnahmen für den Arbeiterschuh haben die Vertreter der Arbeiter eine beratende Mitwirkung und das Recht der Begutachtung.

Bezüglich der Überwachung der Betriebe durch Beauftragte nach § 82 des alten Unfallversicherungsgesetzes treffen die Bestimmungen des § 119, hier heißt es: "Die Genossenschaften sind verpflichtet, für die Durchführung der gemäß § 112 erlassenen Unfallverhütungsvorschriften Sorge zu tragen. Sie sind befugt, durch technische Aufsichtsbeamte die Befolgung der zur Verhütung von Unfällen erlassenen Vorschriften zu überwachen und von den Einrichtungen der Betriebe, soweit sie für die Zugehörigkeit zur Genossenschaft oder für die Einschätzung in den Gefahrenrisiko von Bedeutung sind, Kenntnis zu nehmen. Sie sind ferner befugt, durch Technischebeamte beauftragt Prüfung der von den Betriebsunternehmern auf Grund gesetzlicher oder statutarischer Bestimmungen eingereichten Arbeiter- und Lohnnachweiseungen diejenigen Geschäftsbücher und Listen einzusehen, aus welchen die Zahl der beschäftigten Arbeiter und ersichtlich werden."

"Die Funktionen der technischen Aufsichtsbeamte am Bau und der Mechanischeamte können mit Genehmigung des Reichsversicherungsamtes in einer Person vereinigt werden". Hier nach wäre der für den Arbeiterschuh sehr versierte Doppelhäftigkeit der im alten Unfallversicherungsgesetz § 82 vorgesehenen "Beauftragten" bestimmte Grenzen geogen.

Aber nicht allein die Kenntnisnahme genügt, sondern diese Vorschriften sollen in ihrer Fassung und Darstellung das Verständnis für die Unfallverhütungsmethoden anregen und zu heben suchen. Deshalb ist bei den Rundschreiben des Reichsversicherungsamtes noch darauf hingewiesen, daß ein nicht unbedeutender Theil der Unfallverhütungsvorschriften der Baugewerbe-Berufsgenossenschaft bezüglich der dargestellten Unfallverhütungsmethoden veraltet und den technischen Anforderungen nicht mehr entsprechen, auch eine präzise Fassung vermischen lassen. Diese Berufsgenossenschaften müssen daher angehalten werden, die Vorschriften einer Revision zu unterziehen. — Zu einer verständlichen Darstellung der Unfallverhütung bei den Bauten wäre für die Interessenten aber dringend erforderlich, die wichtigsten Bestimmungen, wie z. B. über den Gerüstbau in seiner verschiedenen Art, Fang- und Schutzbacherrüte, Laufbrücken, Leiteraufhänge und Gerüstpodeste praktisch durch kleine Skizzen (Zeichnungen) zu unterstützen. Die Unfallverhütungsvorschriften werden dadurch etwas umfangreicher aber auch für den Arbeiterschuh vertholzen. Diese Forderung der Arbeiter im Baugewerbe kann um so weniger als unberechtigt betrachtet werden, als in den Industrie- und maschinellen Betrieben derartige Anleitungen zur Ausführung der Schutzmaßnahmen in nicht unbedeutender Zahl vorhanden sind.

## Gewerkschaftliches und Soziales.

In Stettin sind die Männer in einen Generalstreik eingetreten.

Die 5. ordentliche Generalversammlung der Töpfer findet am 28. Mai in Magdeburg statt. Auf der Tagesordnung finden wir u. a. auch angeführt: Stellungnahme zur Arbeitslosen- und Krankenunterstützung.

Die Aussperzung der Halberstädter Handelsmägden wurde durch Schiedsspruch des Einführungsausschusses aufgehoben.

Die „Ameise“, Verbandsorgan des Porzellanarbeiterverbandes, welche vor kurzem zum erstenmale die Auflage von 10 000 Exemplaren erreichte, hat jetzt 10 700, trotzdem ein Herr Heene in Gräfenroda es sich zur Aufgabe gestellt hat, den „Berliner Verband“ auszurotten. Wen die Götter verbergen wollen, den schlagen sie eben mit Blindheit.

Das Reichsgericht erkannte die Verordnung des Lübecker Senats betr. Streitpostenstochers als gesetzlich zu Unrecht bestehend. Reichstagssabgeordneter Moltenbuhr wurde freigesprochen.

**D**eutsche Wagenbrüder im Ausland. In einem belgischen Industrieklatt „Etoile Belge“ steht unter der Rubrik „Bourse de Bruxelles“ eine Notiz, die auf einige deutsche Wagenbaufabrikate bezüglich der Preisdrückerei ein sonderbares Licht wirft. In La Louvière, Belgien, wurden vor einigen Wochen von Staatswagen 508 Waggons in Submission vergeben. Einige deutsche Firmen haben nun gleichfalls Offeren eingereicht. Um billigster war die Süddeutsche Wagenfabrik. Sie war bei einigen Kosten je 2000 Fr. billiger als die belgischen Fabriken. Die Waggonfabrik Raatz war bei einem Kosten je circa 4000 Fr. billiger, trotzdem die Arbeit um Roll und Fracht heuer zu stehen kommt, als den belgischen Wagenfabrikanten. Die „zufriedenen deutschen Arbeiter“ werden von ihren Arbeitgebern richtig eingeschäfzt: Keine geahnsst bei niedrigen Lönen und nicht genutzt! Und da soll die deutsche Industrie nicht Alles niederkonkurrieren können?

Der Gemeinderath in Gent hat mit 32 gegen 1 Stimme eine kommunale Arbeitslosenversicherung beschlossen. Streitende und Ausgebetete, sowie Kranke und Invaliden haben keinen Anspruch auf Unterstützung. Die Unterstützungsfälle müssen noch festgelegt werden.

Die stärksten Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen sind wohl in dem kleinen Dänemark zu finden. Zur Zeit bestehen dafelbst 50 Arbeitgeberverbände mit 7172 Mitgliedern, während die Zahl der Arbeitervereine 1195 mit 96295 Mitgliedern beträgt.

Organisation des Schönemarktaufs. Wie einem „Wochenbericht“ der Großeinkaufsfabrik deutscher Konsumvereine entnehmen, hat diese es in die Hand genommen, für die Konsumvereine den Schönemarkt im

Großen zu organisieren. Sie ist jetzt in der Lage, Kohlen des Rheinisch-Westfälischen Kohlensyndikats nach allen Gegen- den zu liefern, wo diese Marken in Frage kommen. Ferner sind für lebhafte Kohlen und für Kohlen aus den sächsischen Revieren sehr wertvolle Verbindungen angelöst. Aus dem Pilsener Revier können Steinkohlen nach Süddeutschland geliefert werden, ferner böhmische Braunkohlen, sowohl Wafer- als Rohverladung für Nord-, Mittel- und Süddeutschland, Sächsische, Braunschweiger und Lausitzer Braunkohlen-Briketts und Coats. Auch für englische und schottische Kohlen hat die Gesellschaft die günstigsten Abschlüsse gemacht.

### Fachgewerbliches.

**Ausbildungskurse für Meister und Gehilfen.** Die Großherzogl. Zentralstelle für die Gewerbe in Darmstadt macht im "Gewerbeblatt" für das Großherzogtum Hessen bekannt, daß sie weiterhin vom 4.—16. Februar Kursus abhält: 1. für Maler in Holz- und Marmor- malen nach der Natur. Zu dem Kursus haben die Teilnehmer mitzubringen: ein Holzfarbengeschirr, einen Del- farbenverdrier, eine Staffelei, sowie ein Reißbrett von  $0,50 \times 0,90$  cm. Gegen Vergütung werden außer sämtlichem Material, die mit Lederarbeite angestrichenen, dicken Papierbogen geliefert. 2. für Schuhmacher; 3. für Schneider. Bei den Kursen 1 und 3 die Theilnehmerzahl 12 nicht übersteigen. Die Kurse beginnen am 4. Februar; Anmel- dungen werden von der obengenannten Behörde bis zum 31. Januar entgegen genommen. Das Unterrichtsgeld beträgt für jeden dieser Kurse fünf Mark. Dasselbe kann un- mittelst Theilnehmern auf Vorlage entsprechender Be- nüsse erlassen werden. In gleicher Weise kann auswärtigen wenig Bemittelten einmalige Fahrt und Rückfahrt 3. Wagen- klasse vergütet und eine Beihilfe von 2 Mt. täglich zur Be- streitung der Aufenthaltskosten bewilligt werden.

**Laßt aus Holz.** Das Holz besteht im Wesentlichen aus der Cellulose, dem Grundstoff der Zellwandungen und dem sie im Laufe des Wachstums verdicenden Lignin, einem chemisch sehr wenig erforschten Gemenge von Stoffen. Die Verwertung des bisher nur als Verunreinigung des Zell- stoffes bekannten, beim Kochen mit Sulfit entfernten Lignins steht, wie von der Techn. Akademie berichtet wird, ein paten- tiertes Verfahren an, nach welchem Holz mit der doppelten Menge Anilin im Druckofen auf 230 Grad erhitzt wird. Es wird dadurch das Lignin oder die instabilen Stoffe von der Cellulose getrennt, welche leichter als Nebenerzeugnis gewonnen werden soll, sich aber wohl zum größten Theil zer- setzen dürfte. Das Lignin ist in dem Anilin gelöst enthalten und wird aus ihm entfernt, indem Letzteres zum größten Theil abdestilliert und dem Rückstand ein geeignetes Füllungs- mittel (z. B. Vether) zugesetzt wird. Das abgeschiedene, noch eine geringe Menge Anilin enthaltende Produkt bildet eine tief braun gefärbte, breite Masse, die schichtweise aufgetragen, langsam zu einer elastischen, stark glänzenden, harten und geruchlosen Lackdecke eintrocknet.

### Vereinstheil.

#### Bekanntmachung des Hauptvorstandes.

Den Filialvorständen diene zur Nachricht, daß die neuen Sommermarken a 35 Pf. Ende Februar an die Filialen versandt werden. Sonnierbeiträge für 1901 dürfen, bevor die neuen Marken nicht in den Filialen sind, nicht angenommen werden.

Die Reiseunterstützung wird in diesem Jahre bis zum 15. März bezahlt.

Nachfolgende auf Grund des § 9 des Statuts gewählte Filialverwaltungen resp. Vertrauensleute werden hiermit bestätigt: Apolda, Braunschweig I., Chemnitz, Düsseldorf, Heidelberg, Hildesheim, Ludwigshafen, Schierstein, Schleswig, Vilbel, Wiesbaden und Würzburg.

Dem Mitglied Johannes Hansen, Buchn. 3670, ist ein Duplicat ausgestellt.

In Schleswig ist eine Filiale gegründet.

Die Filiale Augsburg ist in eine Bahnhofsstelle von München umgewandelt.

Auf mehrere Anfragen theilen wir mit, daß noch Plakate zum Anhängen in den Herbergen und Verkehrslokalen unentgeltlich von uns bezogen werden können.

Mit lass. Gruß

Der Vorstand.

#### Dauertung

Vom 30. Januar bis 4. Februar gingen bei der Hauptklasse ein: Fürth M. 1.40, Erlangen 13.95, Herne 30.50, Jügesheim 7.52, Wien 2.—, Burgh 4.80, Buchn. 10516 3.65, Buchn. 5577 1.95.

Buchschau wurde abgesondert: Betschau M. 9.—, Cottbus 15.—, Harburg 50.—, Stuttgart 100.—, Detmold 20.—, Friedberg 50.—, Betschau 100.—. O. Beutler, Kassirer.

Verichtigung. In der Dauertung der vorigen Nummer muß es heißen: Greiz M. 19.89.

#### Zentral-Kranken- und Sterbehilfe der Maler und verw. Berufsgenossen Deutschlands.

(eingeschriebene Gültigkeit Nr. 71.)

Bericht des Hauptklassikers vom 27. Jan. bis 2. Febr. 1901.

Neberschüsse von den örtlichen Verwaltungen wurden eingehandt von Brandt-Lüding M. 60, Dreyer-Wies- baden 50.

Buchschüsse an die örtlichen Verwaltungen wurden abgesandt an Tornow-Berlin O. M. 600, Naegele-Berlin S. 300, Wöhrdinger-Göhl a. Rhein 200, Müller-Meerane 50, Hatten-Berlin N. 400, Laut-Offenbach 50, Schulz-Essen a. d. Ruhr 100, Eggert-Hennigsdorf 150.

Krantengelder erhalten Buchn. 7170, F. Ritter in Weimar M. 12.90; Buchn. 14914, C. Otto in Rüders- hausen 12.90; Buchn. 9198, W. Lenz in Eberbach i. Baden 8.80; Buchn. 141, F. Schaper in Blumenberg 12.90; Buchn. 9292, W. Bett in St. Wendel 19.85; Buchn. 4834, F. Gasser in Langenhagen bei Duderstadt 12.90; Buchn. 5170, E. Wippermann in Metternich 12.90; Buchn. 2410, E. Decht in Carow 28.90; Buchn. 14968, G. Müller in Groß Wilmersdorf 15.05; Buchn. 9722, O. Gerhard in Bruchsal 25.80; Buchn. 8084, F. Turner in Schönau in Baden 73.80; Buchn. 14829, F. Neul in Breslau 12.90; Buchn. 12582, G. Möltner in Lahr bei Neustadt a. S. 23.65.

J. S. Ulse, Hamburg-Uhlenhorst, Humboldtstr. 8.

### Abrechnung über den "Vereins-Anzeiger" 4. Quartal 1900.

#### Einnahme:

Bestand vom 3. Quartal 1900	M. 978.01
Von der Vereinigung der Maler für 208.400	" 4644.
Exemplare des "V.-A." à 2 $\frac{1}{4}$ M. . . . .	" 433.06
Annoncen u. Beilagen . . . . .	" 13.60
Vereinskalender . . . . .	" 215.65
Zeitungsbewilligungen . . . . .	" 6284.32

Summa M. 6284.32

#### Ausgabe:

Druck von 210.300 Exemplaren des "V.-A."	M. 3010.
Posto für Redaktion und Expedition . . . . .	" 1107.40
Redaktion . . . . .	" 416.66
Für Literatur u. Mitarbeiter . . . . .	" 116.84
Packmaterial etc. . . . .	" 20.
An die Vereinigung zurückgezahlt . . . . .	" 1000.
	Summa M. 5670.90

Summa M. 5670.90

#### Bilanz:

Einnahme . . . . .	M. 6284.32
Ausgabe . . . . .	" 5670.90
Bestand für das 1. Quartal 1900	M. 613.42

M. Mart.

Revidirt und für richtig befunden

Hamburg, den 9. Januar 1901.

Die Preßkommission:

R. Gehlert, H. Döring, H. Burmeister.

### Anzeigen.

#### Filiale München I.

Den Kollegen zur Nachricht, daß unsere Herberge sich im Gasthof zur Zentralherberge, Lindgrünstr. 5, befindet. [M. 0.75]

#### Filiale Charlottenburg.

Unser Verlehrts- und Kassenlokal befindet sich vom 1. Februar 1901 ab im Restaurant des Herrn Emil Müller, Bismarckstr. 23, und finden daselbst die Halbstunden jeden Mittwoch und Sonnabend, Abends von 1/2-8-1/2 Uhr statt.

Die durchfressenden Kollegen finden nach wie vor freundliche Aufnahme in der Centralherberge, Restaur. Albert Leder, Bismarckstr. 74, woselbst jeden zweiten Mittwoch im Monat unsere regelmäßigen Versammlungen stattfinden. Der Arbeitsnachwuchs befindet sich im Rest. des Herrn Taubert, Kanistr. 107. Abends von 7-8 Uhr. [M. 2.25] Der Vorstand.

J. U.: Otto Clemmings, 1. Bevollmächtigter.

#### Essen.

Unsere Versammlungen finden von jetzt ab jeden Montag in der "Borussia", Moltkestraße, Abends 8½ Uhr, statt. [M. 1.20]

Der Vorstand.

#### Grosse Vorthelle bietet meine Schablonen- und Pausen-Mustermappe

M. 1.75 gegen Nachnahme.

Aug. Vogler, Essen a. d. Ruhr, Klosterstr. 10.

Schablonen für Wände u. Decken, durchwegs praktisch eingerichtet, schönste Dessins für Wände, flotte Ornamente für Decken.

Musterkarten in Farbendruck empfiehlt a 5 Mt.

Markus Buchbaum, Wien I., Rathausstr. 15.

#### Wichtig für Maler!

Allergrößte Auswahl von fertigen Schablonen und Zeichnungen.

Einzig auf der Höhe der Zeit stehende Werke für Maler.

#### Moderne Stilrichtung.

Kreis 6 M. Schablonen zur Decken- und Wandmalerei für den praktischen Gebrauch, Größe 25x33. In Naturalistisch, Renaissance und englischem Charakter. 12 Tafeln.

#### Moderne farbige Skizzen

zur Deckenmalerei.

Kreis 12 M. Größe 47x34. Sth. 10 Tafeln Farbendruck. Ganz besonders leicht und einfach gehalten.

Herausgegeben von Carl Lange.

Diesen Werken sind Preisverzeichnisse für Schablonen und Bauen in natürlicher Größe beigegeben.

#### Berliner Maler-Schule

für sachgemäße Ausbildung in Ornament, Blumen, Früchten, Stillleben, Emblemen, Figuren etc. etc.

Ganz besonderes Augenmerk wird auf größte Praktik und einfachste Technik gelegt.

Tagesunterricht vom 15. Oktober bis 15. März,

per Semester 150 Mark.

Meiner Maler-Schule sind mehrere Erste Preise, Silberne Ehrenmedaillen und viele Anerkennungen für meisterhaft ausgeführte Malereien zuerkannt worden. Prospekte der Malerschule gratis und franko.

#### Carl Lange,

Berlin SW., Gitschnerstr. 94 a.

Dekorationsmaler, Atelier für alle Skizzen u. Entwürfe, Versand nur gegen vorherige Einwendung des Beitrages.

**MALERSCHULE zu HAMBURG**  
v. WILH. SCHÜTZE. PROSP. GRATIS  
nur ERSTE PREISE. MEDAILLEN

### Für den Selbstunterricht in der Holzmalerei!

150 Vorlagen, erste Spezialität in Natur-Farben- druck, mit leicht fachlicher Anleitung, sind für den billigen Preis von  $\Phi$  nur M. 10  $\Phi$  zu beziehen von

Aug. Düttemeyer, Maler, München,

Corneliusstr. 19, IV. rechts.

Maler können die Vertretung übernehmen!

**R. Zerna, Malerartikel, Stuttgart,**  
Kirchstrasse 7.  
Spez. Pinsel, Pinselbüsten, Zeichnungen, Schablonen etc.

Ein neues farb. mod. Dewaldswerk (Nürnberg)  
ist für 16 Mt. zu verkaufen, statt 25 Mt.  
Näheres durch die Exped. d. "V.-A."

#### Winterarbeit!

Jeder Maler kann in einigen Stunden, wenn er mir die Originalphotographie vergleichen läßt, Kreidezeichnungen durch leichtes Überarbeiten herstellen.

Bruno Ochernal,  
Maler und Photograph, Nienburg a. S.

### G. Job, Nürnberg,

13 Tetzlgasse 13.

#### Versandhaus

in Farben, Lacken und Malerartikeln.  
Man verlange Preisliste.

Amoretten, Malvorlagen Blumen.  
Landschaften, Früchte etc.

24 Blatt M. 3.—, 48 Blatt M. 5.—, franko, naturgetreu.

Heinr. Brühl, Erb-Kamberg, Bezirk Wiesbaden.

#### Nachruf!

Nach längerer Krankheit verschied plötzlich unser eifriger Kollege